

solli aktuell



DGB-Jugend: Die Postkarten-Aktion zum JArbSchG

Hände weg!

Die DGB-Jugend und das Jugendarbeitsschutzgesetz.

Im Mai 2006 stellte das saarländische Wirtschaftsministerium ein Arbeitspapier mit umfangreichen Änderungsvorschlägen zum Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) vor. Bald darauf wurde eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern zu diesem Thema eingerichtet. Dort wurden vor allem die geschützten Arbeitszeiten diskutiert: Sollten Jugendliche nicht bis in den späten Abend arbeiten dürfen, bis 22 statt bisher 20 Uhr? Sollte die Ausbildung in Bäckereien künftig bereits um 4 statt um 5 Uhr beginnen dürfen? Und im Gastgewerbe erst um 23 Uhr oder noch später enden können?

Dazu kam auch die Öffnung für Wochenendarbeit in die Debatte. All dies diene der »Annäherung an das veränderte Freizeitverhalten von Jugendlichen und der Anpassung an betriebliche Erfordernisse«.

»Wir werden alles daran setzen, die Schutzbestimmungen zu erhalten und auszubauen«, sagte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf anlässlich des 50. Jahrestages des Gesetzes am 9. August 2010: »Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist eines der wesentlichen Gesetze zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren vor gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz und vor Überlastung. Deshalb fordern wir einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz und lehnen alle Vorschläge zu seiner Einschränkung ab.«

Denn Jugendliche sind weniger belastbar als erwachsene Erwerbstätige. Sie benötigen längere Erholzeiten zur Regeneration. Die Unterbrechung der Arbeit durch Pausen dient der Einnahme von Mahlzeiten und der Erholung. Ausreichende Nachtruhe und wöchentlich feste freie Tage sind aus medizinischen Gründen besonders wichtig für Minderjährige, für in der Entwicklung stehende junge Menschen.

Abschließende Ergebnisse der Arbeitsgruppe liegen bis heute nicht vor. Gleichzeitig aber hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag im vergangenen Jahr erste Fakten geschaffen. Darin findet sich unter der Überschrift »Tourismus« der Satz: »Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibles Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut.«

»Eine derartige Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes weisen wir scharf zu-

rück. Diese verkürzte Sichtweise wird weder den berechtigten Schutzinteressen Minderjähriger noch der bisherigen Debatte gerecht«, sagte Rudolf.

Noch bleibt Zeit, für den Erhalt des JArbSchG in seiner jetzigen Form zu kämpfen und insbesondere der Hotellobby entgegenzuwirken. Daher hat die Gewerkschaftsjugend die Postkarten-Aktion »Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz« gestartet. Ziel ist es, möglichst viele Auszubildende zu mobilisieren, die diese Forderung mit ihrer Unterschrift unterstützen. Die gesammelten unterschriebenen Postkarten werden dann an die Bundesregierung überreicht – und damit an die Worte der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erinnert: Diese hatte auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2010 den Delegierten zugerufen: »Ich möchte das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht ändern!«

Eine Aussage, die die DGB-Jugend jedenfalls nicht vergessen hat.

www.haende-weg.de

INHALT

3 thema

Ausbildung in der Krise:
Recht auf Perspektiven
UN-Finanzexperte Heiner
Flassbeck im Interview

6 ausbildung + beruf

Hartz IV und die Jugend

8 projekte

Aufstehen: EGB-Aktionstag
Angezählt: Die Datenlage
Semesterstart: Studieren
oder nicht?

9 internationales

Der IGB-Jahresbericht

10 dossier

Bologna und Gewerkschaften
BAföG und Nationalstipendium

12 bezirke + gewerkschaften

Neue NRW-Regierung:
Das sagt die DGB-Jugend
Die Campus-Tour

14 jav-ratgeber/ azubi-ratgeberin

JAV-Wahlen: Alles, was wichtig ist

DATENSCHUTZDEMO

Keine Angst!

Auch dieses Jahr wird es in Berlin eine große Demonstration mit gewerkschaftlicher Beteiligung zum Thema Datenschutz geben.

Motto: »Freiheit statt Angst.«

11. September 2010. Infos:
www.freiheitstattangst.de



Wanderungen

ILO-Bericht ■ In den letzten beiden Jahrzehnten nahm die internationale Arbeitsmigration stark zu. Neue Schätzungen der International Labour Organization (ILO) gehen davon aus, dass in diesem Jahr 214 Mio. Menschen (3% der Weltbevölkerung) über Grenzen hinweg wandern werden.

Die ILO fordert, die rechtlichen Regelungen zu überprüfen und die Politik auf die neue Situation einzustellen.

www.ilo.org

Fördermenge

BAföG I ■ Im Jahr 2009 erhielten laut Statistischem Bundesamt in Deutschland rund 873.000 Personen BAföG – 6% mehr als im Vorjahr. Unter den Geförderten waren knapp 323.000 SchülerInnen und 550.000 Studierende. Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über das volle Jahr. Im Durchschnitt wurden je Monat 559.000 Personen – 199.000 SchülerInnen, 360.000 Studierende – gefördert.

www.destatis.de

Beschwerde

BAföG II ■ Wer BAföG bekommt, hat weniger Anspruch auf Hartz IV. Das hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Juli 2010 entschieden. Auch sind Schulgebühren für die Ausbildung an einer privaten Berufsfachschule nicht gesondert zu ersetzen.

Das Gericht verwarf die Verfassungsbeschwerde einer Frau aus Sachsen, die eine dreijährige Ausbildung an einer privaten Berufsfachschule absolvierte. Dabei erhielt die 22-Jährige sowohl Hartz-IV-Leistungen als auch Schüler-BAföG.

Das Bundessozialgericht hatte entschieden, dass die Bafög-Leistungen für ausbildungsbestimmte Kosten als bedarfsmindernd zu berücksichtigen seien.

BVerfG, Az.: 1 BvR 2556/09

Zweijähriger Kram

DGB-Expertise ■ Eine auf zwei Jahre verkürzte Berufsausbildung hat sich aus Sicht des DGB nicht bewährt. Viele dieser »Schmalspurausbildungen« mit hoher Spezialisierung führten die Auszubildenden in eine berufliche Sackgasse, bilanziert der DGB in einer aktuellen Expertise. »Fachkräfte mit drei- oder dreieinhalbjähriger Ausbildung sind für Betriebe und Jugendliche die erste Wahl, weil sie eine breite Grundlage bieten und den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt entsprechen«, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**.

www.dgb.de/themen



I. Sehrbrock

Ablehnung

Unsere Freunde I: D'r Schwytzer ■ Die Schweizer Gewerkschaftsjugend und andere Jugendverbände haben für den 26. September 2010 aufgerufen, die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes abzulehnen. Jugendliche würden darin aufgrund ihres Alters diskriminiert. Unter-30-jährige Erwerbslose müssten nach der Neufassung jegliche Art von Arbeit annehmen, unabhängig von ihrer Ausbildung, ihren Fähigkeiten und ihrer bisherigen Tätigkeit.

www.gewerkschaftsjugend.ch
www.jugendarbeitslosigkeit.ch

Kooperation

Unsere Freunde II: Ösis ■ Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) unterstützt die Sportförderung für Menschen mit Behinderung. Im Juli 2010 überreichten ÖGJ-Vertreter beim diesjährigen Donauinsselfest einen 1.000 Euro Spendenscheck an **Claudia Lösch**. Lösch gewann bei den Paralympics in Whistler zwei Goldmedaillen.

»Sport überwindet Grenzen, verbindet Menschen mit und ohne Handicap und vermittelt Werte wie Respekt und Toleranz im Umgang mit anderen«, sagt ÖGJ-Bundessekretär **Florian Zuckerstätter**.

www.oegj.at



F. Zuckerstätter

Stress machen

Rentendebatte ■ Die EU drängt ihre Mitgliedsstaaten zu einer weiteren Anhebung des Rentenalters! Ab dem Jahr 2060 sollten Menschen erst mit 70 Jahren in den Ruhestand gehen, empfiehlt ein Strategiepapier. Wenn die BürgerInnen länger arbeiteten, seien die Renten auch finanzierbar.

Soli aktuell fragt: Welche Rente denn, wenn alle bis zum Umfallen arbeiten?

Schulstudie

Wie schrecklich! ■ Ein Drittel aller Schülerinnen zwischen 14 und 16 Jahren hat sich schon einmal absichtlich eine Schnittverletzung zugefügt; rund 18% der Schülerinnen und 8% der Schüler tun dies häufiger – so die ersten Ergebnisse der großen Schulstudie SEYLE, die das Universitätsklinikum Heidelberg im Januar 2010 gestartet hat.

Besonders Mädchen leiden den ersten Ergebnissen zufolge unter psychischen Problemen: Rund ein Drittel berichtet von Depressivität, 15% hegen Selbstmordpläne, 8% haben bereits versucht, sich umzubringen.

Junge Männer liegen bei Drogen und Alkohol vorn: 12% trinken wöchentlich oder häufiger Alkohol, 15% haben schon Erfahrungen mit anderen Drogen gemacht.

www.klinikum.uni-heidelberg.de/Seyle.114370.o.html

Lange arbeitslos

OECD-Bericht ■ Der Arbeitsmarkt ist in Deutschland dank flexibler Arbeitszeitregelungen und Kurzarbeit in der Krise robuster als anderswo. Die strukturelle Arbeitslosigkeit bleibt aber nach Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hoch. 2009 waren in Deutschland knapp 62% der Arbeitslosen länger als sechs Monate ohne Beschäftigung.

www.oecd.org

Aktiv geworden

Jugendämter ■ Die Jugendämter in Deutschland haben sich 2009 deutlich häufiger um Kinder und Jugendliche kümmern müssen – im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl um 4,5% gestiegen. Demnach wurden 33.700 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen.

www.destatis.de

Kein Durchlass

Schule: Migrantenkinder benachteiligt ■

Das deutsche Schulsystem ist kaum durchlässig und benachteiligt ausländische Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund, wie eine aktuelle Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zusammenfasst. Statt das Potenzial der Mehrsprachigkeit und kulturellen Vielfalt aufzugreifen und zu fördern, würden diese besonderen Voraussetzungen weitestgehend ignoriert.

Der DGB fordert nachdrücklich, dass das Menschenrecht auf Bildung auch für MigrantInnen zu gelten habe.

www.abindiezukunft.de

Ärzte mahnen

Kinder- und Jugendmedizin ■ Kinder- und JugendärztInnen sehen die medizinische Versorgung von Kindern in sozialen Brennpunkten in Gefahr. Wegen der anhaltenden Unterfinanzierung ärztlicher Leistungen im System der gesetzlichen Krankenkassen könnten MedizinerInnen ihre Praxen in Wohnvierteln mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen und MigrantInnen nicht mehr finanzieren, kritisierte im Juli 2010 der Berufsverband BVJK.

The winner is...

Gewerkschafts-Oscar ■ Der diesjährige DGB-Filmpreis, verliehen beim Filmfestival Emden in diesem Sommer, geht an »Themba« (D 2009). Der Spielfilm handelt von einem Aids-kranken Jungen in Südafrika, der Fußballprofi wird.

Eine ausführliche Rezension von Soli aktuell-Redakteur Jürgen Kiontke findet sich auf www.gegenblende.de.



Recht auf Perspektiven

Es ist Sommer – und der Ausbildungsstart steht bevor. Für viele Jugendliche leider nicht.

Der Ausbildungsstart in vielen Unternehmen und Bundesländern hat begonnen – leider bei weitem nicht für alle Jugendlichen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) stehen zum 29. Juli 2010 den 511.000 BewerberInnen nur rund 405.000 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das bedeutet, dass zum Ausbildungsstart im August 106.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen.

»Diese Situation fügt sich nahtlos in die dramatische Entwicklung der letzten Jahre und stellt der Wirtschaft und der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus«, kritisiert DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf. »Trotz Ausbildungspakt und Beteuerungen bleibt das Angebot an Ausbildungsplätzen laut Nationalem Bildungsbericht in fast allen Berufen hinter der Nachfrage zurück. Jahr für Jahr landen fast 400.000 Jugendliche im »Übergangssystem« zwischen Schule und Beruf – ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung.«

Nach wie vor beteiligen sich weniger als ein Viertel aller Unternehmen in Deutschland aktiv an Ausbildung, und durch die Finanzkrise ist nichts besser geworden. Dieser Anteil müsste dringend und konjunkturunabhängig zugunsten der beruflichen Zukunft aller Jugendlichen und des künftigen Bedarfs an gut ausgebildeten Fachkräften erhöht werden. Die Tatsache, dass in Deutschland mehr als 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren –

17 Prozent der Altersgruppe – keinen Berufsabschluss haben, ist für die DGB-Jugend inakzeptabel. »Die junge Generation hat ein Recht auf eine Perspektive im Berufsleben, ohne Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung«, fordert René Rudolf.

»Das ist das Ergebnis von jahrelangem Ignorieren, Nichtstun und Schönreden der

Und so bleibt das Grundproblem bestehen: Auf der einen Seite wollen viele Jugendliche eigentlich eine Ausbildung machen, bekommen aber keine Chance. Andererseits bleiben Ausbildungsstellen unbesetzt.

Aber oft sind dies vor allem Ausbildungsplätze in Branchen und Unternehmen, die für schlechte Ausbildungsqualität und schlechte Bezahlung bekannt sind. Die DGB-



Ausbildungsbilanz und der Probleme auf dem Ausbildungsmarkt«, fasst die DGB-Jugend Hessen zusammen.

Auch Fachleute sehen dies so: Der Chefökonom der Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen, Heiner Flassbeck, sagt im Soli-aktuell-Interview: »Für ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben müssten die Bewerber viel bessere Wahlmöglichkeiten haben« (siehe Seite 4 dieser Ausgabe).

Gewerkschaftsjugend wie ExpertInnen sehen eine Ursache des Problems im deutschen Bildungssystem. Bei vielen SchulabgängerInnen und schrumpfender Zahl an Ausbildungsplätzen konnten sich die Unternehmen jahrelang »die Besten« herauspicken. Der Rest landete in immer neuen Maßnahmen zur Berufsvorbereitung. Auch heute reden immer noch viele ArbeitgeberInnen davon, dass die SchulabgängerInnen nicht ausbildungsreif seien.

Jugend lässt jedes Jahr viele tausend Auszubildende ihre Ausbildung bewerten und fasst die Ergebnisse im Ausbildungsreport zusammen. Die Branchen, die dort schlecht abschneiden, suchen heute noch Auszubildende. In den Unternehmen weigert man sich aber konstant, Verbesserungen einzuleiten. Statt dessen soll der Jugendarbeitsschutz zum Beispiel im Gaststättengewerbe gelockert werden (siehe Seite 1).

Ausbildungsqualität verbessern, bestehende Gesetze einhalten, Ausbildungsvergütung anheben und pünktlich bezahlen, Perspektiven nach der Ausbildung bieten – wenn diese Bedingungen erfüllt sind, haben Jugendliche auch an diesen Stellen Interesse. Eine höhere Ausbildungsvergütung und eine verbindliche Übernahme nach der Ausbildung sind hier notwendig. [S](#)

Infos zum Ausbildungsstart: www.dgb-jugend.de/ausbildung/online-beratung/zwoelf_fragen_zum_ausbildungsstart

DER AUSBILDUNGSREPORT

Achtung, Zahlen

Am 2. September 2010 ist es wieder soweit: Die DGB-Jugend veröffentlicht ihren jährlichen Ausbildungsreport – mit allen wichtigen Zahlen, Umfrageergebnissen und Statistiken. [S](#)

www.dgb-jugend.de

Sparen ist keine Tugend

Geld sammeln in einer Volkswirtschaft geht nicht, das Verhältnis zwischen Ausbildungsstellen und BewerberInnen beträgt am besten 6:1, der Fachkräftemangel ist ein hübsches Märchen: UN-Finanzexperte Heiner Flassbeck bezieht Stellung.

Ich bin jung, habe die Schule fertig und stehe nun vor der Entscheidung: Wie geht's weiter? Die Finanzkrise hat mich jedenfalls schwer verunsichert. Welcher Wirtschaftszweig ist heute noch zukunftsfähig?

Da werden sich keine großen Unterschiede ergeben zu dem, was auch in der Vergangenheit zukunfts-fähig war: Es wird weiter Industrie geben, es wird weiter Hochleistungsdienstleistung geben...

Ein Trend wird sicherlich sein, dass über viele Jahre immer mehr einfache Produktionsarbeiten in Entwicklungsländer ausgelagert werden. Das hat auf unsere Situation aber keinen entscheidenden Einfluss.

Ich würde aber niemand empfehlen, sich jetzt unmittelbar im Bereich Finanzdienstleistungen zu engagieren oder dort zum großen Experten zu werden. Weil ich annehme, dass es da früher oder später eine Regulierung gibt, die die Möglichkeiten – wenigstens gemessen an der Vergangenheit – etwas verringern könnten!

Gibt's denn da Ausbildungsberufe?

Natürlich. Ich denke an jemanden, der sich nach der Bankausbildung entscheidet, noch weiterzugehen und dann ein Finanzstudium dranzuhängen, um jetzt mal das »richtige Geld« zu verdienen.

Apropos Finanzmarkt: Die deutsche Regierung legt ein Sparpaket auf. Dabei werden gern die jungen Leute von heute und deren Zukunft in Anspruch genommen – man müsse jetzt kräftig sparen, damit die jetzige junge Generation in den nächsten Jahren nicht in den Schulden ertrinkt. Sie sind aber nicht so ein großer Freund des Sparens, oder?

Am Sparen ist genau dann alles falsch, wenn alle sparen wollen. Denn in einer Volkswirtschaft können einfach nicht alle gleichzeitig sparen. Es kann nicht die schwäbische Hausfrau sparen, es können nicht die Unternehmen sparen und der Staat spart dann auch noch. Das Ergebnis ist eine Katastrophe. Wenn ein Teil der Volkswirtschaft spart, muss ein anderer Schulden machen. Sparen ist keine besondere Tugend. Das müsste man in Deutschland allerdings irgendwann mal begreifen. Aber ich fürchte, dass bestimmte Institutionen wie etwa die von den Arbeitgebern finanzierte »Initiative neue soziale Marktwirtschaft«* ihre Gehirnwäsche so intensiv betreiben, dass dieser Lerneffekt nie eintritt.

Es spricht überhaupt nichts dafür, dass der Staat rigide spart – in dem Sinne, dass er überhaupt keine Schulden macht. Wenn der Staat sparen will, muss er die privaten Haushalte überzeugen, dass sie sich verschulden sollen, sonst geht es nicht. Ein Beispiel: Die privaten Haushalte sparen zehn Prozent ihres Einkommens. Da kann man in den anderen Sektoren nicht sagen: Wir wollen eigentlich auch sparen. Dann können die privaten Haushalte nicht sparen. Dann kann eben niemand sparen.

Das Sparen verfolgt die Deutschen aber schon seit Jahrzehnten...

Ja, und zwar deswegen, weil wir einer Ideologie erliegen, die niemals funktionieren kann.

Weiß das der Finanzminister nicht?

In den letzten 30 Jahren hat es jedenfalls keiner kapiert.

Inwiefern hat Finanz- bzw. Geldpolitik einen Bezug zum Ausbildungssektor?

Es ist gefährlich, wenn man so zum falschen Zeitpunkt spart, wie jetzt gerade. Dann ist die Bil-

dung auch betroffen. Wir haben ja über viele Jahre nicht nur wegen der Defizite, sondern auch, weil wir massiv Steuern gesenkt haben, kein Geld für Bildung gehabt. Nun müssen schon Notmaßnahmen ergriffen werden, um wenigstens den Sektor nicht abstürzen zu lassen. Viel Geld für Bildung war nie da. Warum? Weil immer Steuern gesenkt wurden, war die gesamte öffentliche Investitionstätigkeit in Deutschland eine Katastrophe.

Sparen bedeutet also, die Ausbildungsaktivitäten werden zurückgefahren. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft, der Fachkräftemangel drohe.

Ja, aber es gibt im Moment keinen besonderen Fachkräftemangel. Weil Fachkräftemangel das Normalste der Welt in einer funktionierenden Wirtschaft ist. Nun wird das Thema in den Medien wieder aufgeplustert. Aber wir hatten auch schon mal eine Zeit, wo das Verhältnis des Angebots an offenen Ausbildungsstellen zu den Bewerberinnen und Bewerbern 6:1 war. Heute sind alle glücklich, wenn es 1:1 ist. Also, wenn es so viele offene Stellen wie Bewerber gibt. Da heißt es dann: Toll, das ist ja mal ein wirtschaftspolitischer Erfolg. Aber es ist Quatsch. Für ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben müssten die viel bessere Wahlmöglichkeiten haben. Wir müssen zurückfinden zu einer Situation wirklicher Vollbeschäftigung – auch und gerade, um die Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt wieder zu normalisieren.

Die DGB-Jugend hat ca. 500.000 junge Mitglieder, die um ihre Zukunft kämpfen. Was kann sie tun?

Man muss eine klare Meinung dazu haben, man darf sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Es muss insgesamt darauf hingearbeitet werden, ein Klima in der Volkswirtschaft zu schaffen, in dem die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Weil die Gewerkschaftsfunktionäre sonst in den Betrieben nichts durchsetzen können. So war es in den letzten Jahren, so sind wir dahin gekommen, dass es seit zehn Jahren keine Reallohnsteigerung gibt.

Bedeutet dies ihr Satz: »Deutschland lebt seit Jahren unter seinen Verhältnissen«?

Wer wie Deutschland riesige Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, lebt unter seinen Verhältnissen. Das Gürtel-enger-Schnallen kommt nur sehr wenigen zu Gute: Die oberen Einkommensklassen gewinnen dauernd und haben eine Sparquote von 20, 25 Prozent. Die haben also überschüssige Kaufkraft, die sie gar nicht verwenden



»Nicht unbedingt empfohlen, sich im Bereich der Finanzdienstleistungen zu engagieren.« (EGB-Aktionstag, Berlin, Mai 2009)

wollen. Wenn man der arbeitenden Bevölkerung nicht ihren angemessenen Anteil am Produktivitätsfortschritt gibt, sondern ihre Löhne und Gehälter systematisch runterdrückt, kann die Volkswirtschaft niemals funktionieren.

Würde man da aktiv, würde doch das ganze exportlastige System zusammenkrachen...

Nein. Denn wenn man in der Lohnpolitik umsteuern würde, hätten wir Erfolge auf dem Binnenmarkt zu verzeichnen. Wenn wir mehr Binnenmarktnachfrage haben, müssen wir weniger exportieren oder könnten mehr importieren. Man kann sehr gut leben mit weniger Export – vor allem mit weniger Überschüssen!

Sie sind »Keynesianer« – was heißt das genau?

Es geht um eine völlig andere Diagnose der Wirtschaft. Die neoliberale Wirtschaftswissenschaft, die hierzulande den Ton angibt, deklariert Sparen als Investition. So gesehen kann es auch kein Nachfrageproblem geben, es kann auch kein Arbeitslosenproblem geben: Denn wenn die Löhne flexibel sind, wird dies ja immer für Vollbeschäftigung sorgen. Man muss sich entscheiden: Glaubte man an dieses Zeug? Wenn man daran nicht glaubt, ist man schon Keynesianer, so schnell geht das!

Und sehen sie sich im Aufwind?

Na, eher im Auflüftchen.

Ist es für Sie ein schwerer Rückschlag, dass es beim G20-Treffen nicht zu einer Abmachung über eine Finanztransaktionssteuer kam?

Die wäre schön gewesen, aber sie ist nicht das Entscheidende. Die Finanztransaktionssteuer ist eine Maßnahme, um das Tempo aus dem System rauszunehmen, aber keine Systemänderung. Ich hatte da weitergehende Wünsche. Wenn man in Europa die Vorschläge des US-Präsidenten Obama aufgegriffen hätte, das Bankensystem zu trennen in ein normales Bankgeschäft und das spekulative »Casino«-Geschäft, dann wäre dies ein sehr viel weitergehender Ansatz gewesen. Statt dessen hieß es: Ja, wenn wir für die Finanztransaktionssteuer eine Mehrheit finden, dann machen wir sie – ein schönes Ablenkungsmanöver.

Muss es denn ein »Casino« geben?

Nein. Casino ist schädlich und gefährlich, wenn die öffentliche Hand dafür bürgen muss. Diese Diskussion wird in Deutschland aber nicht geführt: niemand auf der Welt braucht den Großteil jener Aktivitäten, mit denen Investmentbanker zu tun haben.

Wird dies auch bei den Vereinten Nationen so gesehen?

Was ich hier erzähle, ist keineswegs meine Privatmeinung.



»In der Lohnpolitik umsteuern.« (Gewerkschaftsjugend am Decent Work Day, Berlin, Oktober 2009)

Und diese Dinge bedeuten...

...dass wir mehr Staat brauchen: einen anderen, einen kompetenten Staat. Und dass wir in den Bereichen staatliche Verschuldung, Umweltschutz, Arbeitslosigkeit, internationaler Handel und Finanzwelt völlig neue Regeln brauchen und die von eben jenem kompetenten Staat durchgesetzt werden müssen.

Laufen die Leute denn nicht weg, wenn die hören: »Starker Staat«?

Wo sollen sie denn hinlaufen? ⁵

** Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« ist eine im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründete öffentlichkeitswirksame Organisation, die unter dem Label »Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts« für Privatisierung und Entstaatlichung wirbt – also für reine Unternehmerinteressen.*

HEINER FLASSBECK

Welt-Wirtschaftsexperte

Heiner Flassbeck, 59, ist Wirtschaftswissenschaftler. Er war von 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und ist ein führender Vertreter der so genannten nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik in Deutschland.

Seit November 2000 ist er Chef-Volkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf.

Seine ökonomische Ausrichtung wird häufig mit dem Namen John Maynard Keynes (1883-1946) in Verbindung gemacht – einem britischen Ökonomen, der sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wegweisend mit der Frage beschäftigte, wie durch staatliches, gesamtwirtschaftlich orientiertes Handeln das krisenhafte Versagen des Wirtschaftssystems verhindert oder wenigstens gemildert werden könnte. Als wichtigstes Instrument sah er den Staat, der in schwierigen Zeiten mit Investitionen die Wirtschaft beeinflusst.

So plädiert auch Flassbeck für eine aktive Geldpolitik, eine flankierende Finanzpolitik, eine verteilungsneutrale Lohnpolitik, die Arbeit an einer globalen Finanz- und Währungsordnung sowie intelligente und soziale Reformen. Das Grundproblem der gegenwärtigen Krise sieht er in dem ökonomischen Ungleichgewicht im Wirtschaftsraum Europa, insbesondere, was die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Mitgliedsländer angeht.

Im September 2010 erscheint sein neues Buch »Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts«. Darin plädiert Flassbeck für ein »neues Wirtschaftswunder«. Dafür müsste aber die Wirtschaftspolitik neuen Regeln unterstellt werden: »Ohne Idee und ohne wirtschaftspolitische Kompetenz treiben die Regierungen der Industrieländer auf dem von den Finanzmärkten verwirbelten Strom der Weltwirtschaft: Wachstum wollen sie, aber auch Klimaschutz; die Konjunktur wollen sie anregen, aber auch die öffentlichen Haushalte konsolidieren; freien Handel wollen sie, verstehen ihn aber nicht; die Finanzmärkte wollen sie regulieren, wissen aber nicht wie.«

Die Führungen in den Industrieländern wüssten nicht mehr, wie man die freie Entwicklung der Menschen zulasse, den Fortschritt aber ökologisch und sozial so sichere, dass nachhaltiges Wirtschaften möglich sei. Hier sei die Teilhabe aller BürgerInnen am gemeinsam erarbeiteten Fortschritt notwendig. ⁵

Heiner Flassbeck: Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts, Westend-Verlag, Frankfurt/M. 2010, 304 S., 22,95 Euro



Das ist schwer vermittelbar

Neue IAB-Studie: Junge Hartz-IV-BezieherInnen werden scharf und oft sanktioniert.

»Ich hab da mal eine Frage, ich bin beim Jobcenter und ich möchte meine Schule weitermachen, ich erhalte ALG II. Ständig bekomme ich einen neuen Fallmanager. Vor zwei Wochen habe ich einen Brief bekommen. Sozusagen eine Einladung, der ich leider nicht nachgehen konnte. Ich hab dann ein bisschen Pech gehabt. Nun wurde mir das Geld erst um ein Drittel, dann komplett gesperrt...«

Ines, 23

Einträge wie dieser sind in den einschlägigen Foren der Sozialberatungen keine Seltenheit. Denn junge Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen, die gegen ihre Verpflichtungen verstoßen, werden besonders scharf sanktioniert.

Weigert sich ein Hartz-IV-Bezieher unter 25 Jahren, eine zumutbare Arbeit oder einen Ein-Euro-Job aufzunehmen, wird die Regelleistung für maximal drei Monate ganz ausgesetzt. Lebensmittelgutscheine können beantragt, müssen aber nicht genehmigt werden. Bei erneutem Verstoß werden zusätzlich zur Streichung der Regelleistung auch die Kosten für Wohnung und Heizung nicht mehr erstattet.

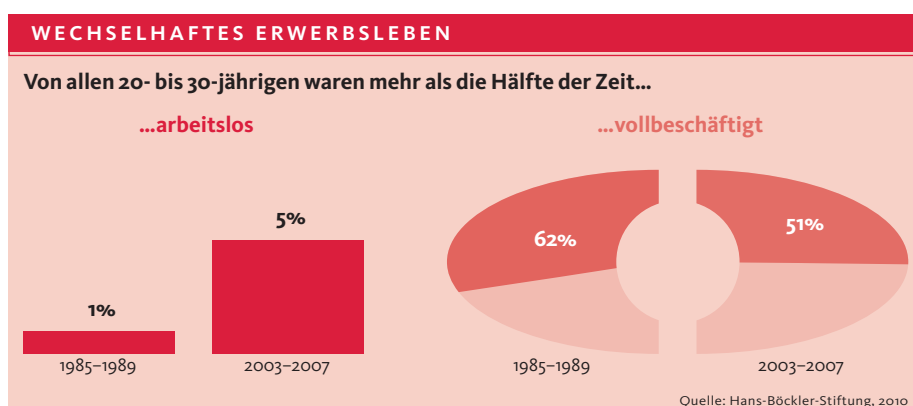
»Gerade junge Leute haben Schwierigkeiten mit der Bürokratie«, weiß Harald Fiedler, Regionsvorsitzender des DGB in Frankfurt und Vorsitzender des Vereins ALSO, der Arbeitslose berät.

»Oft beachten sie nicht, dass Fristen eingehalten werden müssen, oder auch, dass man beweisen muss, dass man einen Anspruch auf Hilfe hat.«

Es kann aber auch gut sein, dass Arbeitgeber unseriös sind oder schlichtweg Unterlagen wie die Steuerkarte nicht mehr rausrücken. Das Ergebnis ist dasselbe: Die Unterstützung wird gestrichen.

Hartz-IV-BezieherInnen unter 25 werden nicht nur besonders scharf, sondern auch vergleichsweise häufig abgestraft. Die Sanktionsquote liegt bei zehn Prozent – und damit gut dreimal so hoch wie bei den 25- bis 64-Jährigen.

Im Jahr 2008 wurde gegen zehn Prozent der Sanktionen Widerspruch eingelegt. 37 Prozent der Widersprüche wurde voll, weiteren vier Prozent teilweise stattgegeben. Hohe Erfolgsquoten zeigen sich auch bei den Klagen vor Sozialgerichten. Aber auch wenn Sanktionierte schließlich Recht be-



kommen, müssen sie zunächst mit der Kürzung oder Streichung ihrer Grundsicherung leben.

Und was denken die Leute, die die Strafen verhängen? Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf der Basis von Intensivinterviews mit VermittlerInnen und FallmanagerInnen zeigt jetzt: Die befragten Jobcenter-MitarbeiterInnen wünschen sich gern die Auswahl – gestufte Sanktionen, statt gleich die Regelleistung komplett streichen zu müssen.

Zwar halten fast alle Sanktionsmöglichkeiten grundsätzlich für sinnvoll. Aber die Einschätzungen variieren deutlich je nach Sanktion. Und ein Teil der Interviewten sieht insgesamt überhaupt keinen größeren Änderungsbedarf.

Andere bemängeln jedoch die Schärfe der Sanktion, wenn die Regelleistung vollständig gestrichen wird. Statt kompletter Streichung wünschen sich die meisten eine Kürzung der Regelleistung wie bei Älteren, also zunächst um 30 Prozent. Außerdem sehen sie die Gefahr von Nebenfolgen, beispielsweise einem Anstieg von Kleinkriminalität oder Verschuldung. Manche stellen auch in Frage, ob es sinnvoll ist, junge Menschen in den nächstbesten Job zu drängen, statt auf nachhaltige Integration und Qualifizierung zu setzen.

Die IAB-ForscherInnen führen die härteren Strafen darauf zurück, dass die VermittlerInnen hier für weniger Fälle zuständig sind als bei den 25- bis 64-Jährigen.

Zudem stehen junge Arbeitslose am Beginn ihres Erwerbslebens: »Wie vom Gesetzgeber gewollt, werden sie auch aus pädagogischen Motiven heraus sanktioniert«, stellen die ForscherInnen fest.

Die Sanktionsregeln sollten aus Sicht der IAB-AutorInnen grundlegend überdacht werden; auch sollten einfache und unbürokratische Wege gefunden werden, den re-

gulären Krankenversicherungsschutz aufrechtzuerhalten.

Der Bericht schließt mit einem Interviewzitat eines jugendlichen Hartz-IV-Beziehers: »Die kennen ja nur von allen Seiten Sanktionen, du taugst nichts, du kannst nichts, du bist nichts, du bist der letzte Dreck. Es müssten mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Damit Jugendliche das Gefühl haben, ich kann mit meinen Händen und meinem Kopf selbst für mein Leben sorgen, ich habe eine Perspektive.« [5]

Der Bericht des IAB:

<http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1010.pdf>

HARTZ IV UND DIE FOLGEN

Produktion von Niedriglöhnen

Die Hartz-Gesetze haben einen ausgedehnten Niedriglohnsektor in Deutschland etabliert. Zum einen zwingt die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien die Menschen, ihre Arbeitskraft unter Wert anzubieten. Dadurch sinken die Löhne. Außerdem animiert Hartz IV die ArbeitgeberInnen, Löhne zu drücken. Nach dem Motto: Ihr kriegt von mir zwar wenig, aber holt euch den Rest doch über Hartz IV. Das tun auch mittlerweile viele Beschäftigte. Sie stocken mit Arbeitslosengeld II auf.

Einer Studie des DGB zufolge ist im Zeitraum von November 2007 bis Oktober 2008 noch nicht einmal jeder fünfte Erwerbslose nach Beendigung der so genannten Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung anschließend festgestellt worden.

Gegen diese Tretmühle engagieren sich die Gewerkschaften seit langem. »Das Ausspielen von Niedriglohnbeschäftigten und Hartz-IV-EmpfängerInnen muss ein Ende haben«, wie DGB-Bezirksjugendsekretär Mario Patuzzi aus Bayern schreibt: »Wir brauchen deshalb den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.« [5]

Die Gefahr: Verlust der Qualifikation

Bei den jugendlichen Hartz-IV-BezieherInnen handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe. Sie haben ganz unterschiedliche Voraussetzungen. Mit Ein-Euro-Jobs ist ihnen nicht geholfen. Ein Kommentar von Johannes Jakob.

Im Hartz-IV-System werden fast 900.000 Jugendliche bis 25 Jahre betreut, die als erwerbsfähige Hilfebefürftige gelten. Davon zählen jedoch nur 180.000 tatsächlich als arbeitslos, ein Teil geht noch zur Schule. Aber ein erheblicher Teil – weitere 180.000 – befindet sich in Maßnahmen, davon fast 50 000 in Ein-Euro-Jobs.

Vom Gesetzgeber her sind die Arbeitsagenturen verpflichtet, den Jugendlichen eine Arbeit oder eine Maßnahme anzubieten. Deswegen ist die Zahl der MaßnahmeteilnehmerInnen anteilig deutlich höher als bei älteren Personen. Der DGB kritisiert vor allem die hohe Zahl der Ein-Euro-Jobs. Diese führen in der Regel nicht in Beschäftigung. Jugendlichen drohen harte Sanktionen, schon bei der ersten Ablehnung einer Arbeit oder Maßnahme wird das Arbeitslosengeld II gestrichen.

Bei den jugendlichen Hartz-IV-EmpfängerInnen handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe. Es können sowohl jugendliche SchulabbrecherInnen betroffen sein,

der Arbeitslose nach der Ausbildung, der entweder kein oder ein zu geringes Arbeitslosengeld bekommt oder ein Hochschulabsolvent, der die Zeit bis zur Arbeitsaufnahme überbrücken muss.

Insofern sind so harte Sanktionen, wie sie für jugendliche Hartz-IV-BezieherInnen vorgesehen sind, problematisch: Es kann nicht Sinn der Sache sein, Jugendliche in den *erstbesten* Arbeitsplatz zu vermitteln. Gerade bei Jugendlichen kommt es darauf an, eine ausbildungsadäquate Beschäftigung anzustreben, damit sie möglichst stabil und dauerhaft in Beschäftigung kommen.

Die so genannte Sanktionsquote – also der Anteil der Arbeitslosen, die mit Sanktionen belegt werden – ist ungewöhnlich hoch: Jedem zehnten jungen Menschen auf

Hartz IV wird zeitweilig das Arbeitslosengeld gestrichen oder gekürzt, während bei allen Arbeitslosen nur drei Prozent betroffen sind. Dennoch ist es auch bei Jugendlichen relativ selten, dass eine angebotene Arbeit abgelehnt wird. Die meisten Sanktionen werden wegen so genannter Meldeversäumnisse ausgesprochen. Sie machen mehr als die Hälfte der Sanktionen aus.

Die vermeintlich schnelle Vermittlung verstärkt den Trend zu prekärer Beschäftigung, von der Jugendliche überdurchschnittlich betroffen sind. Häufig sind ihre

Arbeitsverhältnisse befristet, sie sind überdurchschnittlich an Leiharbeit beteiligt und oft werden ihre Arbeitsverhältnisse sehr schlecht entlohnt.

Die intensive Betreuung der Jugendlichen wird vom DGB unterstützt, weil nur so dem Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. Allerdings sollte hier mehr Augenmaß angewandt werden: Bei Jugendlichen mit geringer Qualifikation muss Ausbildung oberste Priorität haben.

Bei Jugendlichen, die bereits einen Ausbildungsabschluss erworben haben, sollte möglichst eine ausbildungsadäquate Beschäftigung angestrebt werden. Dabei kann auch in Kauf genommen werden, dass eine gewisse Such-Zeit überbrückt werden muss. Dies ist vor allem vor dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel notwendig. Eine ausbildungsfremde Beschäftigung über einen längeren Zeitraum führt zum Verlust der Qualifikation. Hierdurch werden andere geringer Qualifizierte von möglichen Arbeitsplätzen verdrängt, was zu einer weiteren Verfestigung der Arbeitslosigkeit beiträgt und den Fachkräftemangel verstärkt.

Dauerhafte Arbeitslosigkeit – also Erwerbslosenkarrerien – müssen in jedem Fall verhindert werden. Unter Erwerbslosenkarrerien versteht man die »Vererbung« von Arbeitslosigkeit über mehrere Generationen. Diese gibt es insbesondere in den Ballungsräumen. Sie können nur durchbrochen werden, indem gerade Jugendlichen frühzeitig Hilfen angeboten werden.

Wenn der Vermittler feststellt, dass Jugendliche sich hartnäckig den angebotenen Hilfen entziehen, können Sanktionen notwendig sein. Im Vordergrund sollten allerdings gezielte Hilfen stehen, wie Ausbildungsbegleiter oder auch sozialpädagogische Unterstützung. Wenn hierdurch Langzeitarbeitslosigkeit vermieden werden kann, ist dies allemal billiger und gesellschaftlich sinnvoller als Druck und Leistungskürzungen. **S**

Johannes Jakob ist Experte für Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand.



DGB: Hartz IV – bitte mit Augenmaß

Gewerkschafts-Europa steht auf

Am 29. September 2010 ist EGB-Aktionstag in Brüssel. GewerkschafterInnen aus ganz Europa werden teilnehmen.

Nein zu Sparmaßnahmen – Priorität für Wachstum und Beschäftigung« heißt das Motto des »European Day of Action«. Der Veranstalter, der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), will mit diesem Tag darauf aufmerksam machen, dass derzeit in Europa die schlimmste Finanzkrise seit den 1930er Jahren tobt: Millionen von europäischen BürgerInnen sind getroffen und verunsichert.

Die europäischen Regierungen halten als einzige Antwort auf die Krise Sparmaßnahmen bereit, mit Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben, die sich auch auf die Systeme der sozialen Sicherheit auswirken.

Die als »Schocktherapie« präsentierten Sparmaßnahmen sollen aus der Krise herausführen, risie-



ren jedoch geradewegs eine Rezession. Die getroffenen Entscheidungen werden negative Folgen haben: Die Kaufkraft wird sinken, ein Aufschwung rückt in weite Ferne.

Angesichts dieser Lage war die Reaktion der Regierungen völlig unangemessen. Sie haben sich von der Panik mitreißen lassen und den Märkten nachgegeben. Und zum zweiten Mal werden diejenigen bestraft, die bereits mit ihren Arbeitsplätzen die Rechnung für die Krise bezahlt haben.

Weit davon entfernt, die Märkte zu beruhigen, werden die Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben das Wachstum zum Stillstand bringen, und das, obwohl wir nur einen schwachen Aufwärtstrend verzeichnen und mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben.

Deswegen wollen die Europa-GewerkschafterInnen gemeinsam auf die Straße gehen: Die zentrale Kundgebung des »European Day« soll in Brüssel stattfinden, aber die Gewerkschaften sind auch aufgefordert, in ihren jeweiligen Ländern aktiv zu werden.

Ganz an oberster Stelle steht für den EGB – neben der Bekämpfung der staatlichen Sparprogramme – die Senkung der Ar-

beitslosigkeit, insbesondere bei jungen ArbeitnehmerInnen, mit einem neuen EU-Programm in Höhe von einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. [S](#)

Weitere Infos: www.dgb.de/themen, »Europa & Internationales«, »Aktionen«

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

Für die »Youngcom-Jugendstudie 2010« haben mehr als tausend 13- bis 19-Jährige geantwortet, wer die nervigsten Promis sind:

1. Tokio Hotel (14,1% aller Stimmen)
2. Paris Hilton (13,8%)
3. Lady Gaga (8,6%)
4. Britney Spears (6,1%)
5. Dieter Bohlen (4,4%)

And the winner is: Bill Kaulitz auf Platz 10 mit 2,3%. Und was ist da so toll dran? Ganz einfach: Kaulitz ist der Sänger von 1. [S](#)

Quelle: www.sueddeutsche.de

Studieren oder nicht?

Eine wichtige Frage: Im Oktober 2010 fängt das Wintersemester an. Gerade für Ausgelernte kann dies ein wichtiger Aspekt der persönlichen Lebensplanung sein. Die DGB-Jugend bietet Hilfe bei der Orientierung.

Den erlernten Beruf zu verlassen, um ein Studium zu beginnen, ist eine Entscheidung, der zunächst viele Fragen vorausgehen:

- Welche Zugangsvoraussetzungen gibt es?
- Welches Studium passt zu mir?
- Kann ich mir ein Studium überhaupt leisten?
- Und nicht zuletzt: Was nützt mir ein Studium überhaupt?

Die DGB-Jugend-Broschüre »Ausgelernt – und nun? Studieren!« informiert über die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium und stellt die unterschiedlichen Hochschularten sowie -abschlüsse vor. Sie soll eine Hilfestellung sein bei der Suche nach dem richtigen Studienfach und der Universität. Hier kann man auch nachlesen, wie der Zulassungsprozess abläuft.

Der zweite Teil konzentriert sich auf die Studienfinanzierung. Man bekommt einen

Überblick über die Kosten eines Studiums und Finanzierungsmöglichkeiten. Denn die Probleme eines Studiums liegen auf der Hand: Es beansprucht Zeit und Geld. Mit der Entscheidung für ein Studium tauschen vor allem Ausgelernte eine vielleicht kurzfristig überschaubare und sichere Berufsperspektive gegen mehrere Jahre finanzieller Abhängigkeit ein.

Der Nutzen eines Studiums ist nicht so einfach festzumachen und hängt von den eigenen Wünschen und Vorstellungen ab. Es bietet keine Garantie auf einen Arbeitsplatz, dennoch wächst, statistisch gesehen, der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften. AkademikerInnen sind im Vergleich weniger von Arbeitslosigkeit betroffen und ihr Verdienst ist in der Regel höher. Ein Studienabschluss bietet eine flexiblere berufliche Einsatzmöglichkeit – und damit auch Alternativen, z.B. wenn ein Jobwechsel notwendig wird; aber auch die Möglichkeit,

sein Wissen aus der Ausbildung theoretisch zu vertiefen. In vielen Bereichen wird diese Kombination aus Theorie und praktischer Erfahrung von ArbeitgeberInnen geschätzt.

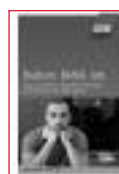
Und die Vorteile eines Studiums reichen durchaus über die handfesten Arbeitsmarktchancen hinaus. Das Interesse an der theoretischen Auseinandersetzung mit Problemstellungen innerhalb eines Studiengabietes spricht genauso dafür, ein Studium zu beginnen. [S](#)

Die Broschüre »Ausgelernt – und nun? Studieren« wird passend zum Semesterstart im Herbst von der DGB-Jugend komplett überarbeitet herausgegeben.

»Deine Rechte und Pflichten im Praktikum« gibt's neu.

»Studium. BAföG. Job« wird mit einem Beileger aktualisiert.

www.dgb-jugend.de, »Broschüren«



Ein Job wie ein Todesurteil

Gewerkschaftsarbeit ist gefährliche Arbeit: 101 Aktive wurden 2009 weltweit ermordet. Der IGB warnt: Der Druck auf die Arbeitnehmerrechte wächst durch die Folgen der Krise für die Arbeitsplätze.

Kolumbien. Kolumbien liegt ganz weit vorne. »Kolumbien war erneut das Land, in dem der Einsatz für grundlegende Arbeitnehmerrechte mehr als anderswo einem Todesurteil gleichkommen kann, trotz der PR-Kampagne der kolumbianischen Regierung, die das Gegenteil zu suggerieren versuchte«, sagt Guy Ry-

Der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) muss wissen, wovon er redet: Gerade hat seine Organisation – der Dachverband nationaler Gewerkschaftsbünde mit 311 Mitgliedsorganisationen in 155 Ländern mit insgesamt 175 Millionen Mitgliedern – die jährliche Übersicht über die Gewerkschaftsrechte weltweit für das Jahr 2009 veröffentlicht.

Dieser Bericht über die Ausübung von Gewerkschaftsrechten dokumentiert für das Jahr 2009 eine dramatische Zunahme

der an GewerkschafterInnen verübten Morde: Die Zahl der Getöteten ist auf 101 gestiegen – eine Zunahme um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Kolumbien führt dabei die Liste an: 48 der Morde geschahen dort. 22 der getöteten kolumbianischen GewerkschafterInnen waren hochrangige GewerkschaftsführerInnen, fünf davon Frauen, womit die Anschlagsserie des Vorjahres unvermindert anhielt. In den letzten 23 Jahren wurde nahezu an jedem dritten Tag ein gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer in diesem Land ermordet. Unternehmen, Regierung und Paramilitärs machten gleichermaßen Jagd auf die ArbeitnehmervertreterInnen.

Auch 16 Morde in Guatemala, zwölf in Honduras, sechs in Mexiko, sechs in Bangladesch, vier in Brasilien, drei in der Dominikanischen Republik, drei auf den Philippinen, jeweils einer in Indien, im Irak und in



Nigeria sind zu verzeichnen. Weiterhin sitzen viele GewerkschafterInnen im Gefängnis, und rund 100 wurden 2009 neu inhaftiert.

140 Länder werden in dem Bericht porträtiert. Was allen gemein ist: Antidemokratische Kräfte richteten ihre Angriffe gegen gewerkschaftliche Aktivitäten, weil sie wissen, dass die Gewerkschaften oft an vorderster Front für die Verteidigung der Demokratie eintreten.

Zahlreiche Fälle einer Niederschlagung von Streiks und der Unterdrückung streikender ArbeitnehmerInnen künden von diesen Verhältnissen. Tausende von Beschäftigten, die auf die Straße gingen, um die Zahlung ausstehender Löhne einzufordern, harte Arbeitsbedingungen oder die schweren Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise anzuprangern, wurden verprü-

...einzufordern oder die Folgen der Wirtschaftskrise anzuprangern, wurden verprügelt.

gelt und verhaftet. In Bangladesch starben gar sechs Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie, die in den Streik getreten waren, um eine Lohnerhöhung und die Bezahlung ausstehender Löhne durchzusetzen, nach einem Polizeieinsatz.

In verschiedenen Ländern drohten Unternehmen den Beschäftigten mit einer Schließung des Betriebs oder einer Verlagerung von Produktionsstätten, falls sie eine Gewerkschaft gründen oder sich einer solchen anschließen sollten.

Teilweise wurden Arbeitsgesetze geändert, um mehr »Flexibilität« zu schaffen und soziale Wohlfahrtssysteme zu verwässern, was oft Auswirkungen auf die bestehenden Arbeitsbeziehungen hatte und damit die Gewerkschaftsrechte einschränkte.

Eine weitere negative Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise besteht darin, dass immer mehr Beschäftigte gezwungen sind, prekäre Tätigkeiten unterschiedlichster Art zu verrichten.

»Die diesjährige Übersicht zeigt, dass die Mehrzahl der Beschäftigten in der Welt nach wie vor keinen wirksamen Schutz ihres Rechts, Gewerkschaften zu gründen und Tarifverhandlungen zu führen, in Anspruch nehmen kann. Dies ist ein wesentlicher Faktor bei der langfristigen Zunahme des wirtschaftlichen Ungleichgewichts innerhalb und zwischen Ländern«, sagt Ryder. ^[5]

Der ILO-Bericht im Internet: <http://survey.ituc-csi.org>

IGB-REPORT FÜR DEUTSCHLAND

»Betriebsratsverseucht«

140 Länder finden sich im Bericht des IGB wieder – und auch Deutschland ist dabei. Was der IGB bemängelt: Trotz solider Arbeitsbeziehungen sind einige ArbeitgeberInnen nach wie vor gewerkschaftsfeindlich eingestellt. Es komme zur Diskriminierung von Gewerkschaftsmitgliedern, und zum Teil werde mit »gelben«, also mitgliederschwachen und wenig repräsentativen Gewerkschaften verhandelt, schreiben die AutorInnen.

Hauptgrund zur Besorgnis ist allerdings weiterhin die Tatsache, dass Beamte generell kein Streikrecht haben: Obwohl die Arbeitsbedingungen von Angestellten im öffentlichen Dienst unter die Tarifvereinbarungen fallen, haben die Beamten kein Recht auf Kollektivverhandlungen. Beamte sind auch vom Streikrecht ausgeschlossen, ein Umstand, den die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) seit 1959 immer wieder bemängelt.

»Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Jahr 2009 ausdrücklich klar-

gestellt, dass Beamtinnen und Beamten die volle Koalitionsfreiheit bis hin zum Streikrecht zusteht. Die Koalitionsfreiheit zu verwirklichen heißt, ein Menschenrecht zu verwirklichen«, sagt Nils Kammerat von der Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamte im DGB.

In Deutschland werden Gewerkschaftsmitglieder auch immer wieder diskriminiert. Sie werden entlassen, degradiert und versetzt – besonders, wenn sie sich für die Gründung von Betriebsräten einsetzen.

Und nicht einmal dies ist am IGB vorbeigegangen: Die Gesellschaft für Deutsche Sprache wählte den Begriff »betriebsratsverseucht« zum »Unwort des Jahres 2009«. Das Unwort stehe für eine Haltung, »die sich leider inzwischen verbreitet hat«, begründete der Sprecher der Jury die Wahl.

Die Jury war durch eine TV-Sendung auf das Wort aufmerksam gemacht worden, in der ein Mitarbeiter der Baumarktkette Bauhaus berichtete, das Wort werde von AbteilungsleiterInnen des Unternehmens verwendet, wenn KollegInnen aus einer Filiale mit Betriebsrat in eine ohne Arbeitnehmervertretung wechseln wollten. ^[5]

Bologna ist kein Vorwand

Die Reform der Hochschulen und die Gewerkschaften.
Von **Andreas Schackert**

Seit etwa zehn Jahren etabliert sich die systematische, zielgerichtete und zielgruppengenaue Ansprache von Studierenden immer stärker als Teil gewerkschaftlicher Arbeit. Nicht viel älter ist die Auseinandersetzung mit den Implikationen, der Umsetzung und den Auswirkungen der Bologna-Erklärung der europäischen WissenschaftsministerInnen, an der auch die Gewerkschaften regen Anteil nehmen. Und diese Auseinandersetzung ist in der Tendenz kritisch.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften nehmen die Kritikpunkte von Arbeitnehmervertretungen auf – die die Arbeitsbedingungen, die Erwerbschancen und die Ausbildungsqualität ihrer Mitglieder im Blick haben. Weil Wohlstand, Gesundheit und Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen davon abhängen – und die, zu Recht, für sich in Anspruch nehmen, dass Wohlstand, Gesundheit und Zufriedenheit unverzichtbare Bedingungen für Bestand und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft sind.

Aber die Kritik ist nur dann nützlich, wenn sie auch innerhalb des bestehenden Rahmens hilft, Verbesserungen zu entwickeln und umzusetzen. Dafür muss sie das, was sie vorfindet, mit nüchternem Blick

einordnen. Ein nüchterner Blick auf die so genannten Bologna-Reformen an deutschen Hochschulen erfasst dabei drei Aspekte:

□ Die Reformen sind umkehrbar.

Aber eine Umkehr bedeutete Rückkehr zu dem, was vorher war – einer Hochschulausbildung, die bezüglich der individuellen Betreuung der Studierenden, der Abbrecherquoten und der Ausbildungsqualität kaum besser dastand als die heutige.

□ Die Reformen sind unvollständig.

Gerade das Versprechen, mit dem sie begründet wurden, eine bessere internationale Vergleichbarkeit, eine Verbesserung der Studierbarkeit und eine stärkere Fokussierung auf berufliche Qualifikationen, lösen sie keinesfalls ein.

□ Die Reformen sind aber auch eine Chance.

Sogar und besonders da, wo sie gescheitert erscheinen. Denn die breite politische und gesellschaftliche Diskussion um die Fehler und Schwächen des Hochschulsystems zwingt die Gewerkschaften, dezidierte und auch gemeinsame Positionen zu entwickeln. Und ermöglicht schon heute stärker als je, mit diesen Positionen wahrgenommen zu werden – insbesondere auch außerhalb der Fachöffentlichkeit.

Der Arbeitsmarktbezug, der laut den Bologna-Beschlüssen in stärkerem Maß Teil der Curricula werden soll...

...kann als Vehikel zur stärkeren Sichtbarkeit von DGB und Mitgliedsorganisationen genutzt werden.

Die Synthese aus diesen drei Wertungen ist freilich, dass die politische Stoßrichtung nicht auf die Rücknahme der Bologna-Reformen, sondern auf ihre Instrumentalisierung – und die ihrer Ergebnisse – im Sinne eines modernen und demokratischen Hochschulwesens und einer emanzipierten, kritischen und unabhängigen Wissenschaft gerichtet sein muss.

Der verlängerte Reformprozess birgt dabei auch eine Chance, gewerkschaftlichen Einfluss an der Hochschule zu verankern und zu vergrößern. Denn der Arbeitsmarktbezug, der laut den Bologna-Beschlüssen in stärkerem Maß Teil der Curricula werden soll, kann von DGB und Mitgliedsorganisationen an Uni und Fachhochschule genutzt werden, um sichtbar zu werden. Gewerkschaften sind schließlich laut Grundgesetz sogar ein besonders geschützter Teil des Arbeitsmarktes – ein gutes Argument für die Präsenz auf dem Campus weit über arbeitsrechtliche Beratung für den Nebenjob hinaus.

Unsere arbeitsweltliche Kompetenz kann durch Beiträge in Pflichtveranstaltungen ebenso wie im Bereich der Schlüsselkompetenzen in das Regelprogramm fast jedes Studiengangs integriert werden, ohne dass immer gleich eine eigene, mit großem Aufwand vorbereitete Vorlesungs- oder Seminarreihe veranstaltet werden muss.

Schon heute gibt es eine große Zahl an guten Beispielen dafür, ob und wie GewerkschafterInnen, Betriebsräte und fachkundi-

BAFÖG UND NATIONALSTIPENDIUM

Teuer und unsozial

Im dritten Amtsjahr ihrer glorreichen Regierung, am 9. Dezember 2005, hatte die schwarz-gelbe Koalition des niedersächsischen Ministerpräsidenten die Einführung von Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester beschlossen. Niedersachsen war damit das erste Bundesland, das allgemeine Gebühren für das Erststudium festlegte. Der verantwortliche Ministerpräsident, Christian Wulff, wurde vom selben politischen Lager vor wenigen Wochen aus seinem Amt heraus zum Bundespräsidenten, zum höchsten Repräsentanten staatlicher Gewalt und republikanischen Selbstverständnisses in der BRD gewählt.

Damit könnte eigentlich alles gesagt sein über Leitlinien, Vorbilder und soziale Veranke-

rung schwarz-gelber Hochschulpolitik. Ist es aber leider nicht. Freitag, den 9. Juli 2010, keine zehn Tage nach der Bundespräsidentenwahl: Die schwarz-gelbe Mehrheit lehnt im Bundesrat die von der Bundesregierung vorgeschlagene und von allen Fachverbänden – auch von den Gewerkschaften – sehr begrüßte und alles andere als großzügig zu nennende Anhebung des Bafög-Satzes zum Beginn des Wintersemesters ab. Weil sie Geld kostet.

Der Gesetzentwurf kommt in den Vermittlungsausschuss, wo er voraussichtlich am 14. September 2010 verhandelt wird, bevor er erneut im Bundesrat beraten werden kann. Die angestrebte Erhöhung des Bafög um zwei Prozent wird es in diesem Jahr folglich nur geben, wenn der Vermittlungsausschuss sich einigt, der Bundestag dieser Einigung noch in derselben Woche

zustimmt und der Bundesrat danach ebenfalls positiv votiert.

Die letzte Erhöhung des Bafög liegt am 1. Oktober 2010 zwei Jahre zurück, die neuerliche Erhöhung wird, so sie kommt, durch die gestiegene Inflation nahezu aufgeessen. An der Tatsache, dass der Förderungshöchstsatz deutlich niedriger ist als der monatliche Bedarf der Studierenden, wird sich nichts ändern. Die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes hat im Frühjahr einmal mehr aufgezeigt, dass die durchschnittlichen Kosten des gemeinen Studis – selbst, wenn er keine Studiengebühren zahlen muss – die Grenze von 700 Euro deutlich übersteigen.

Der Gesetzgeber weiß das natürlich. Deshalb erlaubt er neben dem Bafög auch einen Hinzuverdienst von monatlich bis 400 Euro –

ge Mitglieder mit ihren Erfahrungen in Veranstaltungen zur Berufsfeldorientierung, Arbeitsethik oder Technikfolgenabschätzung eingebunden werden und dort die eigene Kompetenz nutzen, um Fragen der Beschäftigteninteressen aufzuwerfen und gewerkschaftliche Positionen zu vermitteln. Aber auch in Fragen des Umgangs mit hoher Arbeitsbelastung, Streit über Ausbildungsinhalte und bei Konflikten zwischen Lehrenden und Lernenden, die im Zuge der Bachelor-Reformen für die Studierenden vielfach drängender wurden, können Gewerkschaften auf enorme Erfahrungen zurückgreifen, wodurch sie attraktiver Partner für Studierende und Beschäftigte der Hochschulen gleichermaßen sein können. Als Königsdisziplin gilt freilich, die Anerkennung der Teilnahme an Seminaren gewerkschaftlicher Weiterbildung als studienrelevante Leistung zu etablieren.

In der Frage, wie Studierende, die auf diesem Wege mit gewerkschaftlichen Positionen und Angeboten in Berührung kommen, für eine Mitgliedschaft oder gar Mitarbeit gewonnen werden können und wie man sie als Mitglieder dauerhaft hält, gibt es noch viel Raum für Diskussionen und Versuche. Das vor allem in Skandinavien erfolgreich eingesetzte biografische Modell, bei dem regelmäßig auf die jeweilige Studienphase zugeschnittene Angebote formuliert werden, gepaart mit wahrnehmbarer kontinuierlicher Präsenz auf dem Campus, erscheint dabei als erfolgversprechend. Es bedarf allerdings auch einer finanziellen und personellen Absicherung, die über das heute vielerorts übliche Maß hinaus geht.

Umso wichtiger ist es, die richtigen Partner zu suchen und zu binden. Die studentische Selbstverwaltung, insbesondere die Fachschaften, sind die ersten Partner,



Eine »Königsdisziplin«: Gewerkschaftliche Weiterbildung an der Universität

mit denen eine fruchtbare Zusammenarbeit auf Augenhöhe und vor allem nah an den Studierenden möglich ist – auch wenn sie manchmal hart erarbeitet sein will.

Die Gewerkschaften können dabei vor allem mit verlässlichen Strukturen punkten, die die nicht selten niedrige Professionalität und hohe Fluktuation studentischer Vertretungen auszugleichen helfen. Auf diese Weise kann es den Gewerk-

schaften gelingen, in zehn Jahren in den Hörsälen ebenso etabliert zu sein, wie sie es heute bei der Kritik am Bologna-Prozess sind. [S](#)

Andreas Schackert ist Berater im DGB-Jugend-Projekt »Students at work«.

Literatur: Andreas Keller u.a. (Hg.): Endstation Bologna. Zehn Jahre Europäischer Hochschulraum, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2010, 216. S., 29,90 Euro



sollen doch die Studierenden das Geld, das sie zum Leben brauchen, selbst erarbeiten.

Blöd nur, dass das immer schwieriger wird, seit die arbeits- und prüfungsüberladenen Bachelorstudiengänge landauf, landab in Mode gekommen sind: Bei den Bachelorstudis liegt der Anteil der NebenjobberInnen bereits zehn Prozent unter dem Durchschnitt, ist der Sozialerhebung zu entnehmen – obwohl die Studierenden weiterhin auf das Zusatzeinkommen angewiesen sind.

Das ist unsozial: Denn es hält gerade diejenigen vom Studium ab, die noch zu wenig an der Hochschule zu finden sind: Kinder aus nicht-akademischen und einkommenschwachen Familien. Werden sie nicht vom dreigliedrigen Schulsystem herausgefiltert, haben sie sogar – auch ohne vernünftiges Schüler-BAföG – Abitur ge-

macht, meiden sie oft wegen der Kosten und der drohenden BAföG-Verschuldung den Weg ins Immatrikulationsamt.

Dagegen wird auch das zugleich beschlossene Nationale Stipendienprogramm nicht helfen. Denn die Stipendien, die damit vergeben werden sollen, sind weder bedarfsdeckend noch sozial ausgewogen – und könnten, sofern die geplante Zielmarke erreicht wird, um fast ein Viertel mehr als die abgelehnte BAföG-Erhöhung kosten. Als Bonbon gibt's für die von Personal-mangel geplagten Hochschulen noch zusätzlichen Verwaltungsaufwand: Sie sollen die Auswahl der StipendiatInnen regulieren und durchführen und noch dazu die Kofinanzierung bei der Wirtschaft einwerben. Am Ende werden die Unternehmen bei der Entscheidung, welche Fachkombinationen und welche Studierenden

den Zuschuss bekommen, ein Wörtchen mitreden. Gestaltungswille einer Regierung sieht anders aus.

Das politische Selbstverständnis, das dahinter steht, ist recht fragwürdig: Wenn die Bundesregierung meint, die Unternehmen hätten tatsächlich zuviel Geld übrig und müssten es in die Hochschulausbildung stecken, sollte sie sich das Geld holen und selbst entscheiden, für wen und warum es ausgegeben wird. Dazu ist sie – anders als die Wirtschaft – von den BürgerInnen dieser Republik legitimiert. Dabei kann sie (und wird es) – anders als die Wirtschaft – vom Parlament kontrolliert werden. Und es ist dies, das politische Gestalten unter Zuhilfenahme von Steuermitteln, nebenbei: ihre einzige Daseinsberechtigung. [S](#)

Andreas Schackert

»Wir erwarten Verbesserungen«

Nach vielem Hin und Her hat Nordrhein-Westfalen nun doch noch eine – rot-grüne – Landesregierung bekommen. DGB-Bezirksjugendsekretärin **Antonia Kühn sagt, womit jetzt zu rechnen ist.**

Der DGB NRW gratuliert der neuen Regierung ganz herzlich. Kann die DGB-Jugend sich dem anschließen?

Aber natürlich! Wesentliche Forderungen der Gewerkschaften sind in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden, sodass wir darauf hoffen können, dass diese Regierung eine Politik umsetzen wird, die die Interessen unserer Mitglieder in vielen wichtigen Punkten aufgreift.

Wir erwarten ganz konkrete Verbesserungen in vielen Themengebieten, so zum Beispiel in der Bildungspolitik – in der Frage der Kopfnote, des längeren gemeinsamen Lernens und der Studiengebühren. Aber auch in der Frage der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit, bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und den Ladenöffnungszeiten erwarten wir eine neue Politik im Sinne der Gewerkschaften.

Hat die DGB-Jugend einen guten Draht zur Regierung – wo der DGB-Landesvorsitzende Guntram Schneider nun Arbeitsminister geworden ist?

LANDTAG NRW

Neue Verhältnisse

Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW steht. SPD-Landeschefin Hannelore Kraft und die grüne Landtagsfraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann haben im Juli 2010 ihr gemeinsames Regierungsprogramm präsentiert. Titel: »Gemeinsam neue Wege gehen«.

Die Wahl war nicht einfach: Nachdem die beiden Parteien am 9. Mai 2010 zusammen mehr Stimmen als die bisherige schwarz-gelbe Regierung unter Jürgen Rüttgers (CDU) erhalten hatten – eine Stimme fehlte jedoch für die absolute Mehrheit – und es sehr viele Sondierungsgespräche gegeben hatte, verhandelten SPD und Grüne für eine rot-grüne Minderheitsregierung.

Und die soll nun eine »Koalition der Einladung« darstellen: Beide Parteien laden alle Fraktionen und Parteien im Düsseldorfer Landtag ein, sich gemeinsam jenen »Zielen zu widmen, die das Land weiterbringen«.

Eine Besonderheit ist dies: Der DGB-Landesvorsitzende Guntram Schneider (SPD) übernimmt das Arbeitsministerium. [S](#)

Davon gehe ich aus, konkret wird sich dies natürlich in der Praxis zeigen.

Was glaubst du, wie lange sie als Minderheitsregierung standhält?

Ich glaube, dass diese Regierung durchaus eine Legislatur halten kann. Vielleicht werden wir es später auch noch in anderen Ländern oder gar im Bund mit ähnlichen Konstellationen zu tun haben, schließlich etabliert sich nun in Deutschland, und zwar auch im Westen, ein Fünf-Parteien-System, in dem die alten Parteienbündnisse aufweichen und sich verändern. NRW war schon öfter Vorreiter einer neuen politischen Praxis, warum nicht auch jetzt?

Du sagst, im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind Forderungen der Gewerkschaften aufgegriffen worden...

Neben den erwähnten möchte ich zum Beispiel die Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes, die Einführung von Gemeinschaftsschulen und die Konsolidierungshilfe für verschuldete Kommunen nennen.

Finden sich Ökologie und Nachhaltigkeit als Themen wieder?

Dieser Bereich – bei einer Regierung unter Beteiligung der Grünen nicht anders zu erwarten – spielt eine wichtige Rolle. Wirtschaft, vor allem Industrie, und nachhaltige Entwicklung werden in dem Vertrag verknüpft. In der Energiepolitik wird klar Position bezogen gegen eine weitere Nutzung von Atomkraft, erneuerbare Energien sollen gestärkt werden, in der Kohlefrage wird umichtig vorgegangen.

Was ist mit dem Thema Bildung?

Bildungspolitik wird in dieser Legislatur eine enorme Bedeutung haben. Rot-Grün hat angekündigt, schrittweise unter Beteiligung der Kommunen Gemeinschaftsschulen einzurichten und damit das Schulsystem zu reformieren. Aber auch frühkindliche Bildung und Hochschulen sollen einen besonderen Stellenwert haben, sodass wir uns hier Verbesserungen erhoffen.

Könnte es sein, dass die Studiengebühren abgeschafft werden?

Das hoffe ich doch sehr. Derzeit ist man sich zwischen der rot-grünen Regierung und der Linken als Oppositionspartei lediglich über den Zeitpunkt uneinig. Die Linken wollen die Abschaffung der Gebühren sofort, die Regierung sieht dies zum Wintersemester 2011/12.

Wie lautet die dringendste Forderung der DGB-Jugend an die Regierung?

Wir haben vor der Wahl gemeinsam mit den Studierenden und den Schülerinnen und

Schülern unsere sechs Forderungen in der Kampagne »Wähl deine Bildungsperspektive« formuliert: Abschaffung der Kopfnote, Eine Schule für Alle, Abschaffung der Studiengebühren, Reform von Bachelor/Master, Verbesserung der Ausbildungsqualität am Berufskolleg und mehr Übernahmen für Ausgelernte. Diese Forderungen sind für uns nach wie vor wichtig.



Antonia Kühn

Welche Themen sind noch wichtig für junge Leute in NRW?

Natürlich die quantitative Situation am Ausbildungsmarkt. Auch wenn die Arbeitgeber gerne davon sprechen, dass wir es mit einer nahezu ausgeglichenen Situation zu tun hätten, so sind dies rein statistische Tricks. Selbst wenn wir nur diejenigen betrachten, die bei der Arbeitsagentur als ausbildungsplatzsuchend gemeldet sind, fehlen in NRW 24.000 Ausbildungsplätze. Hinzu kommen die vielen jungen Leute, die im Berufskolleg geparkt sind und eigentlich auch eine vernünftige Ausbildung machen wollen. Diese Perspektivlosigkeit treibt mich um.

Zum Schluss noch ein anderes Thema: Warst du auf der Loveparade?

Nein. Ich war zeitgleich im WDR-Studio Ruhr und habe live miterlebt, wie die Schreckensmeldungen in der Redaktion ankamen. Furchtbar.

Wie steht die DGB-Jugend zu diesem Event – und zu dem, was in Duisburg passiert ist?

Als DGB-Jugend haben wir dazu keine Position, ganz persönlich kann ich nur sagen, dass ich schockiert bin – und nicht nachvollziehen kann, warum Ordnungsbehörde und Veranstalter derart fahrlässig mit dem Leben der jungen Leute umgegangen sind. Bei unseren Großveranstaltungen sind wir deutlich ausführlichere Sicherheitskonzepte gewohnt. Mein Mitgefühl gehört den Opfern und ihren Angehörigen. [S](#)

Ins Gespräch kommen

Was ist eine gute Campus-Tour? Wenn Studierende die Gewerkschaft gut finden und auch noch eintreten, sagt Melanie Maier.

Die **Fakten:** Juni und Juli 2010 fand in NRW die Campus-Tour der DGB Jugend mit einer Postkartenaktion statt. 15 für die Tour ausgebildete junge GewerkschafterInnen führen insgesamt 18 Fach- bzw. Hochschulstandorte von Aachen bis Münster an. Dazu kam auf jedem Campus eine Jugendbildungsreferentin bzw. ein -referent oder eine Gewerkschaftssekretärin und ein Gewerkschaftssekretär. Und sofern vorhanden: die BeraterInnen der Campus Offices bzw. Hochschulinformationsbüros.

Der Hintergrund: Der Erfolg der ersten Tour im Jahr 2008 mit dem Schwerpunktthema »Generation Praktikum« hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass Gewerkschaften den Kontakt zu den Studierenden suchen. Die guten Kooperationen und Bündnisse mit den Studierenden während der Kampagne »Wähl deine Bildungsperspektive« und beim Bildungsstreik haben das Thema der diesjährigen Tour gesetzt: »Ein gutes Studium«.

Der Auftritt: An unserem Info-Pavillon mit Broschüren rund ums Studium schenken wir Kaffee aus. Dazu gab es ein Masterplätzchen für die Studis. So fiel es uns nicht

schwer, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und die Postkartenaktion »Ich will für mein Studium...« durchzuführen.

Das Material: Bewusst haben wir – wie bei der letzten Tour auch – auf den »Bauchladen« der Gewerkschaftsjugend verzichtet und uns auf Broschüren wie z.B. »Studium. BaföG. Job« oder »Stimmt so!« konzentriert. Außerdem haben wir eine eigene Broschüre aufgelegt: »Vorschläge zur Verbesserung der Qualität im Studium«.

Bilanz: Insgesamt haben wir mit vielen, vielen Studierenden gesprochen und mehrere hundert Postkarten zurückbekommen. Die Forderungen der Studierenden werden zur Zeit ausgewertet und dann an das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung übergeben, um eine Stellungnahme der Ministerin Svenja Schulze (SPD) einzufordern.

Fazit: Es kamen viele Menschen an unseren Stand, die unsere Aktion gelobt haben; insbesondere dafür, dass Gewerkschaften



DGB-Jugend – auf Tour an Rhein und Ruhr

sich für die Belange der Studierenden einsetzen – Mitglieder haben wir übrigens auch wieder gewonnen! ☺

Melanie Maier ist DGB-Jugendbildungsreferentin.



DGB-JUGEND-CAMPUS-TOUR

Gutes Studium

Juli 2010 in Nordrhein-Westfalen – die DGB-Jugend-Campus Tour rollt durchs Land. Im Mittelpunkt der Aktion steht eine Befragung von Studierenden zum Thema: Was ist ein gutes Studium?

Aktive junge GewerkschafterInnen fahren Tag für Tag einen anderen Campus an, führen die Befragung durch und informieren über Gewerkschaften. Neben den Studiengebühren als Eintrittshürde sind es Anmeldeverfahren, Platzmangel, Vereinbarkeit von Vorlesungszeiten mit Nebenjobs, Kindern oder Ehrenamt, die Schwierigkeiten bereiten. Auch strukturelle Barrieren wie Zulassungsbeschränkungen erschweren Bildungswege junger Menschen. Zugleich, so die Befragten, fehle es an Personal, so dass die Studierenden die Herausforderungen oftmals im Alleingang bewältigen müssten.

Gewerkschaftliche Hochschulbesuche in der Art der Campus-Tour finden auch in anderen Regionen statt. ☺

Weitere Infos: <http://campustour.info>

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

☐ Die **DGB-Jugend Frankfurt** würdigt den Antikriegstag am 1. September 2010 standesgemäß mit einem Konzert der KZ-Überlebenden Esther Bejarano und der Band Microphone Mafia. Die Berufsschultour findet vom 6. bis 17. September 2010 in Zusammenarbeit mit der IG Metall- und IG BAU-Jugend und der jungen NGG statt.

Vom 24. bis 26. September 2010 findet die Bundesjugendklausurtagung mit 80 Teilnehmenden im Bildungszentrum Oberjosbach statt.

www.region-frankfurt-rhein-main.dgb.de/Service/Jugend

☐ »Kein Sex mit Nazis« lautete die provokante Forderung der **DGB-Jugend** beim Christopher Street Day in Köln im Juli 2010. Mit einem 30 mal 12 Meter großen Transparent demonstrierte die Gewerkschaftsjugend für Toleranz, Gerechtigkeit und Gleichstellung sowie gegen rechtsextreme Einstellungen.

<http://koeln-bonn.dgb.de/-/ald>

☐ Am 21. August 2010 führt die **DGB-Jugend**

Rheinland-Pfalz eine Jugendbildungstagung durch. In der IG Metall-Verwaltungsstelle Frankenthal werden VertreterInnen von DGB-Jugend und Gewerkschaften Perspektiven gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit in Rheinland-Pfalz und dem Saarland diskutieren.

Vom 30. August bis zum 1. Oktober 2010 geht's auf Berufsschultour. Es gibt eine Auftaktveranstaltung in Mainz unter Beteiligung der Bildungsministerin von Rheinland-Pfalz, Doris Ahnen (SPD), und des DGB-Landesvorsitzenden Dietmar Muscheid. 22 Schulen aus dem ganzen Land nehmen daran teil – ein Rekord!

www.dgb-jugend-rlp.de

☐ Vom 10. bis 12. September 2010 findet das Drei-Länder-Seminar der **DGB-Jugend Bayern**, der Österreichischen Gewerkschaftsjugend aus Salzburg, Oberösterreich und Tirol sowie der Südtiroler Gewerkschaftsjugend in Brixen statt. Themen: Recht auf Ausbildung, Europäischer Qualifikationsrahmen, Krisenauswirkungen.

www.bayern.dgb.de/jugend

☐ Ein Seminar der **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** vom 15. bis 17. Oktober 2010 bietet op-

timale Vorbereitung auf die heutigen Anforderungen im Vorstellungsgespräch, bei Referaten und Präsentationen.

www.dgb-jugend-bb.de

☐ So genannte Social-Media-Plattformen werden immer mehr dazu genutzt, auf Missstände aufmerksam zu machen: Ob Umweltverbrechen, Angriffe auf den Sozialstaat, Kürzungen im Bildungsbereich. Die Generation der »Digital Natives«, die digitalen Eingeborenen, lassen sich den Mund nicht verbieten.

»Gerade für Aktive der Gewerkschaftsjugend bieten soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter Chancen, um für eine solidarische Arbeitswelt und eine gerechtere Gesellschaft zu streiten und zu werben«, schreibt dieser Tage die **ver.di Jugend**.

Und hat einen Kanal auf Facebook geschaltet, um täglich und schnell auf politische Ereignisse zu reagieren. »Wie die »Tagesschau«, aber nur das, was uns auch wirklich interessiert«, sagt ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff – und lädt alle ein, mitzumachen.

www.facebook.com/wassollpolitik

Jetzt geht's los

Im Herbst stehen die JAV-Wahlen an. Grund genug, sich schon mal Gedanken über die Durchführung zu machen.

Zumindest in der Arbeitswelt ist dieses Jahr ein Super-Wahljahr: Nicht nur, dass im Frühling die Betriebsräte neu gewählt wurden. Im Herbst müssen – neben den Schwerbehindertenvertretungen – in dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. November auch die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) neu gewählt werden. Also sollten sich sowohl die amtierende JAV als auch die Betriebsräte langsam aber sicher Gedanken über deren Durchführung machen – dazu gehört auch, rechtzeitig KandidatInnen anzusprechen!

Gerade der Betriebsrat ist hier in der Pflicht, denn nur er – und nicht die amtierende JAV – hat die Aufgabe, die Wahl vorzubereiten und den Wahlvorstand für die Durchführung der JAV-Wahl zu bestellen (§ 80 Betriebsverfassungsgesetz; BetrVG).

JAV-WAHL

Wer kandidieren darf

Kandidieren dürfen sämtliche ArbeitnehmerInnen eines Betriebes, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 61 BetrVG). Von daher können zum Beispiel ArbeitnehmerInnen, die gerade die Ausbildung beendet haben, kandidieren und gewählt werden.


Allerdings können diese sich dann nicht mehr selbst wählen, da sich an der Stimmabgabe nur jugendliche ArbeitnehmerInnen oder aber von Berufsausbildung Beschäftigte, welche das 25. Lebensjahr nicht vollendet haben, beteiligen dürfen.

Im Übrigen dürfen natürlich auch ArbeitnehmerInnen gewählt werden, deren Arbeitsverhältnis zum Beispiel wegen der Absolvierung von Wehr- und Zivildienst ruht.

Im Gegensatz zur Betriebsratswahl ist eine Mindestdauer der Zugehörigkeit zu Betrieb oder Unternehmen nicht erforderlich.

Auszubildende gehören auch dann dazu, wenn sie im Betrieb ausgebildet werden, aber einen Ausbildungsvertrag zum Beispiel mit einem Ausbildungsverein etc. haben.

Und: Die amtierenden JAV-Mitglieder können sich selbstverständlich dann einer Wiederwahl stellen, wenn sie die Voraussetzungen des passiven Wahlrechts erfüllen.

Nicht gewählt werden können übrigens Mitglieder des amtierenden Betriebsrats (§ 61 BetrVG). 

Unabhängig von den Vorgaben des Gesetzgebers sollte jeder Betriebsrat auch im ureigensten Interesse für die Existenz einer JAV sorgen: Die Mitglieder der JAV haben aufgrund ihres Alters naturgemäß einen kürzeren Draht zu ihren Altersgenossen und kennen vor allem deren Probleme aus eigenem Erleben. Insofern kann auch die Arbeit des Betriebsrats von dem Hilfsorgan JAV erheblich profitieren.

Darüber hinaus kann die Existenz einer JAV auch zur Entlastung des Betriebsrats führen, indem er Aufgaben an die JAV abgibt: Die Durchführung einer Umfrage über den Wunsch nach Übernahme sollte der JAV ebenso übertragen werden wie die Überwachung der Einhaltung von speziell für die Auszubildenden geltenden Betriebsvereinbarungen.

Auch bei der Frage der Erstellung und Ausgestaltung von Beurteilungsbögen wie bei vielen anderen Angelegenheiten, die die Berufsausbildung betreffen, kann und sollte die JAV aktiv werden.

Um einen JAV-losen Zustand möglichst zu vermeiden, sollte sich der Betriebsrat frühzeitig Gedanken machen, ob die Wahl im so genannten vereinfachten oder aber im normalen Wahlverfahren durchzuführen ist. Denn davon hängt die Frist für die Bestellung des Wahlvorstandes ab. So muss in dem Fall, dass die Wahl in dem normalen Wahlverfahren durchzuführen ist, die Bestellung spätestens acht Wochen vor Ablauf der Amtszeit der JAV vorgenommen werden. Ist das vereinfachte Wahlverfahren anzuwenden, so verkürzt sich diese Frist auf vier Wochen.

Welches nun das richtige Wahlverfahren ist, hängt von der Anzahl der im Betrieb zur JAV-Wahl wahlberechtigten Beschäftigten ab. Sind fünf bis 50 zur JAV-Wahl wahlberechtigte im Betrieb vorhanden, hat die Wahl im vereinfachten Wahlverfahren stattzufinden. Beträgt die Regelbeschäftigung über 50, so finden die Vorschriften für das normale Wahlverfahren statt.

Die Klärung ist im Übrigen nicht nur für die Beststellungsfristen des Wahlvorstandes von Bedeutung, sondern auch für die Größe des Wahlvorstandes. Während die Mitgliederzahl des Wahlvorstandes im vereinfachten Wahlverfahren auf drei Köpfe be-

schränkt ist, kann der Wahlvorstand im normalen Wahlverfahren im Einzelfall auch aus mehr Personen bestehen.

Hinweis: Der amtierenden JAV steht bei der Bestellung des Wahlvorstandes genauso wie bei der Bestellung eines der Wahlvorstandsmitglieder zum Wahlvorstandsvorsitzenden das Stimmrecht zu.

Dem Wahlvorstand können sowohl Jugendliche als auch andere betriebsangehörige ArbeitnehmerInnen angehören.


Der Gesetzgeber hat lediglich vorgegeben, dass ein zum Betriebsrat wählbarer Arbeitnehmer dem Wahlvorstand angehören muss. Eine Geschlechterquote existiert übrigens nicht.

Der Betriebsrat muss bereits vor der Bestellung des Wahlvorstandes klären, wie viele ArbeitnehmerInnen dementsprechend im Betrieb beschäftigt sind. Das sind einmal alle ArbeitnehmerInnen, die jünger als 18 Jahre sind, und alle, die zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (vgl. § 60 BetrVG).

Wichtig: Mit dem Begriff »zur Berufsausbildung beschäftigt« sind nicht nur die klassischen Berufsauszubildenden gemeint, sondern auch noch zahlreiche andere Beschäftigte:

- UmschülerInnen und TeilnehmerInnen an berufsvorbereitenden Ausbildungsmaßnahmen bzw. Einstiegsqualifizierungen
- Pflege- sowie HebammenschülerInnen, die eine Ausbildung aufgrund des Krankenpflegegesetzes bzw. Hebammengesetzes absolvieren
- Volontäre
- Anlernlinge.

Nicht vergessen werden sollte, dass auch PraktikantInnen dann wahlberechtigt sind, wenn ihnen aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden sollen.

Neu: Seit 2001 sind auch im öffentlichen Dienst zu Ausbildungszwecken Beschäftigte, die aufgrund der Überlassung in einem Betrieb der Privatwirtschaft beschäftigt sind, zur JAV-Wahl berechtigt. Auch Studierende dualer Studiengänge sind zu berücksichtigen. 



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-
Dieter Rudolph, Berlin

Die Jugendinteressenvertretung

Die JAV vertritt die Interessen von jungen Beschäftigten und Auszubildenden. Und sie ist die erste Ansprechpartnerin bei allen Problemen und Fragen in der Ausbildung.

Ob alles klar ist in der Ausbildung – das können Azubis meistens nur schwer beantworten. Denn sie stehen erst am Anfang ihres Berufsweges.

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist ein wichtiges Instrument: Sie vertritt – gemeinsam mit dem Betriebsrat – die Rechte und Interessen der jungen Angestellten gegenüber dem Betrieb und ist ein wertvoller Anlaufpunkt.

Dafür setzen sich JAVis ein:

- Sie sind ein erster beratender Ansprechpartner bei rechtlichen Fragen rund um die Ausbildung
- sie kontrollieren, ob Gesetze und geltende Tarifverträge eingehalten werden
- sie setzen sich für eine qualitativ hochwertige Ausbildung ein, kontrollieren, ob der Ausbildungsrahmenplan eingehalten wird, und schreiben bei ausbildungsfremden Tätigkeiten ein
- sie werden bei Problemen mit MitarbeiterInnen und Vorgesetzten aktiv und vermitteln mit dem Betriebsrat
- sie unterstützen bei der Integration von ausländischen Azubis
- sie setzen sich für geregelte Arbeitszeiten, Überstundenausgleich, Urlaub und eine angemessene Vergütung ein

- sie bieten Hilfestellung bei Problemen der Übernahme von Azubis an
- und sind auch bei Alltagsproblemen von Auszubildenden ein Ansprechpartner.

Die JAV kann immer aufgesucht werden.

Es ist das gute Recht von Auszubildenden, sich jederzeit kompetenten Beistand und Rat durch die JAV zu holen – auch während der Arbeitszeit. Dafür muss kein Grund gegenüber dem Arbeitgeber genannt werden! Der Azubi muss sich lediglich bei seinen Vorgesetzten abmelden und sagen, wie lange er ungefähr dem Arbeitsplatz fern bleibt.

Wenn in dem Betrieb mehr als 50 junge MitarbeiterInnen beschäftigt sind, dann kann die JAV auch eine eigene feste Sprechstunde während der Arbeitszeit einrichten (§ 69 Betriebsverfassungsgesetz; BetrVG).

Wenn es keine feste Sprechstunde gibt, kann man sich während der Arbeitszeit an die JAVis wenden, und die JAV kann auch bei Sprechstunden des Betriebsrates beratend zur Seite stehen.

Die JAV kann alle wahlberechtigten jugendlichen Beschäftigten viermal im Jahr zu einer Versammlung einladen. Diese Jugend- und Auszubildendenversammlung findet während der Arbeitszeit statt. Hier können alle Themen auf der Tagesordnung stehen, die Jugendliche und Auszubildende im Betrieb betreffen. Die Jugendvertretung kann aber nur tätig werden, wenn ihr die

Anliegen der Auszubildenden auch bekannt werden. Deswegen ist es extrem wichtig, dass die Azubis sich auch an die JAV wenden.

Zur Wahl stellen können sich alle Azubis, die einen Ausbildungsvertrag mit dem jeweiligen Betrieb haben und zum Zeitpunkt der Wahl schon mindestens drei Monate in ihrem Arbeitsverhältnis stecken. Die regelmäßige Amtszeit der JAV beträgt zwei Jahre (§64 BetrVG). JAV-Mitglieder genießen einen besonderen Kündigungsschutz und haben das Recht auf Übernahme nach der Ausbildung.



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Kanzog

Moment mal – und wenn es keine JAV im Betrieb gibt?

Eine JAV kann nur entstehen, wenn mindestens fünf minderjährige MitarbeiterInnen und Auszubildende unter 25 in dem Betrieb beschäftigt sind (§ 60 BetrVG).

Die JAV ist dem Betriebsrat unterstellt, und deswegen kann eine JAV auch nur gewählt werden, wenn es einen Betriebsrat gibt. Der Betriebsrat oder Personalrat ist ein wichtiger Ansprechpartner, wenn es noch keine Jugendvertretung im Unternehmen gibt und eine JAV gegründet werden soll.

Übrigens: Auch in außerbetrieblichen Einrichtungen kann nach §51 Berufsbildungsgesetz eine JAV gegründet werden. Voraussetzung ist, dass es mindestens fünf Auszubildende gibt. [§](#)

Weitere Infos: www.dgb-jugend.de/ausbildung/interessenvertretung

DIE JUGENDVERTRETERIN

Vertrauensperson

Als JAVine muss man vor allem: Für die Azubis da sein, sagt Nina Schlichting.

Nina, du bist Mitglied in der JAV des DGB-Bundesvorstands. Wie kommt man da rein?
JAVi wird man, indem man das Vertrauen seiner Mit-Azubis gewinnt – und gewählt wird.

Wie lange machst du das schon?
Ich habe im Mai 2008 angefangen – das sind jetzt also schon über zwei Jahre. Wie schnell die Zeit vergeht!

Müsst ihr viele Schulungen machen?
Schulungen sind elementar wichtig: um einen genauen Überblick zu erhalten, was man als JAV machen und bewirken kann.

Wie hat sich dein Leben mit der JAV geändert?
Ich habe jetzt ein Anrecht darauf, bei jeder Betriebsratssitzung dabei zu sein, und kann jederzeit meine Meinung äußern – das ist sehr hilfreich, um die Interessen der Azubis zu vertreten.

Wird man für solche Ämter geboren?
Na klar, haha. Ich war zum Beispiel Klassensprecherin in der Berufsschule und davor auch schon in meiner Oberschule!

Wenn du dich noch mal entscheiden könntest – würdest du wieder in der JAV landen?
Aber sicher, warum auch nicht.

Was war der spannendste Konflikt mit dem Arbeitgeber?
Große Konflikte gab es in diesen zwei Jahren nicht, größere Probleme aus anderen Bezirken werden an unsere Vertrauens-Azubine im Gesamtbetriebsrat gerichtet.

Was konntest du für die Auszubildenden durchsetzen?

Es gab das Problem, dass man nach dem Berufsschulunterricht noch mal in den Betrieb zurückkehren musste. Dies war mit einem langen Anfahrtsweg verbunden, und meist hat sich die Zeit im Betrieb selbst dann gar nicht mehr gelohnt. Wir haben eine Vereinbarung getroffen, so dass die Azubis nun an Berufsschultagen nach dem Unterricht befreit sind.

Worauf kommt es an, wenn man JAVi ist?
Man sollte das Vertrauen der Azubis haben, damit sie sich ohne Angst an einen wenden. Außerdem ist es wichtig, seine Meinung vertreten zu können. [§](#)

Nina Schlichting, 21, ist Kauffrau für Bürokommunikation beim DGB-Bundesvorstand.



TIPP DES MONATS

»Zwischen Prekarisierung und Protest« lautet der Titel des bahnbrechenden Werkes, das von Michael Busch, Jan Jeskow und Rüdiger Stutz herausgegeben wird.

Der 500-Seiten-Hammer thematisiert, wie junge Leute ihre zunehmende Verunsicherung verarbeiten, inwieweit sie ihre sozialen Netzwerke intakthalten, und auch, wie sie ihr Protestpotenzial sehen.

Kein Wunder, dass auch Frauke Austermann einen Beitrag liefert – gehörte doch ein größerer Teil der Aufmerksamkeit der Soli-aktuell-Autorin jener Petition zum Thema Praktikum, die ins Europa-Parlament eingebracht wurde.

Michael Busch u.a. (Hg.): *Zwischen Prekarisierung und Protest: Die Lebenslagen und Generationenbilder von Jugendlichen in Ost und West*, Transkript-Verlag, Bielefeld 2010, 492 S., 29,80 Euro



+ Bundesinitiative: »Jugend stärken« heißt das neue Projekt des Bundes. Es soll vor allem diejenigen erreichen, die in ihrem jungen Leben bereits wichtige Chancen verpasst und Anschlüsse verloren haben.

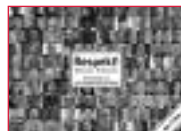
www.jugend-staerken.de

+ Toller Film: Wie lebt man in der Nachkriegsgesellschaft? Der Spielfilm »Zwischen uns das Paradies« porträtiert junge ArbeitnehmerInnen in Sarajevo zwischen Disco und Fundamentalismus. Regisseurin Jasmila Zbanic hat den Finger am Puls der Zeit.

»Zwischen uns das Paradies«. BSN/D 2009, Start: 2. September 2010



+ Respekt, Respekt: »Kein Platz für Rassismus« – so lautet die Botschaft einer bundesweiten Kampagne, die diesen Sommer gestartet ist. Unterstützt von zahlreichen Prominenten will die Kampagne Gehör finden und zum Mitmachen auffordern. Die Aktion richtet sich vorrangig an junge Menschen, die beruflich oder privat in sozialen Organisationen und Verbänden engagiert sind. Und da Gewerkschaften soziale Organisationen sind: an euch.



Das Buch zur Kampagne: www.bund-verlag.de

+ Ak Internationales: Der sagenumwobene DGB-Jugend-Arbeitskreis zum Thema Internationale Politik trifft sich vom 17. bis 19. September 2010.

Auskunft erteilt: *DGB-Jugend, Jessica Heyser, Tel.: 030 / 240 60 171, E-Mail: jessica.heyser@dgb.de*

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

SEMINARE

Globalisierung der Solidarität – wurde von Gewerkschaften immer hochgehalten. Und so auch dieses Jahr: Junge GewerkschafterInnen – die Studierenden des Master-Studiengangs »Labour Policies and Globalisation« aus Asien, Afrika, Lateinamerika, Europa und Nordamerika – treffen mit Aktiven des Arbeitskreises Internationales der DGB-Jugend und allen Interessierten zusammen, um weltweite gewerkschaftliche Probleme, Trends und Gefahren zu debattieren. Super Sache!

30. September bis 3. Oktober 2010. Karl-Kloss-Jugendbildungsstätte Stuttgart. Buchungscode LPG 610278944

English for Trade Unionists: Ohne Englisch geht nichts mehr in Deutschland. Auch bei Gewerkschaften ist das so. Deshalb gibt's auch schon seit geraumer Zeit das gewerkschaftliche Sprachwochenende. Der Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung des einschlägigen, also gewerkschaftsspezifischen Vokabulars – und dem Kennenlernen von ArbeitnehmerInnenvertretungen in den Ländern der Europäischen Union. Der Kurs richtet sich an Menschen, die bereits Englischkenntnisse mitbringen.

22. bis 24. Oktober 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode ENG 610278942. Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	